

**Niederschrift über die Sitzung des Kreistages  
am Freitag, dem 07.05.2021, im Forum der Sparkasse Münsterland  
Ost, Freckenhorster Straße 69, 48231 Warendorf**

**Beginn: 09:00 Uhr  
Ende: 11:13 Uhr**

		Seite
<b><u>I. Öffentlicher Teil</u></b>		
<b>1.</b>	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	<b>6</b>
<b>2.</b>	Bericht der Verwaltung	<b>7</b>
<b>3.</b>	Aktuelle Corona-Lage / Modellregion	<b>115/2021</b> <b>8</b>
<b>4.</b>	Dringlichkeitsentscheidung gem. § 50 Abs. 3 S. 2 Kreisordnung NRW (KrO NRW)	<b>116/2021</b> <b>13</b>
<b>5.</b>	Verzicht auf die Erstellung des Gesamtabschlusses 2020	<b>083/2021</b> <b>14</b>
<b>6.</b>	Wasserstoffbusse für den Kreis Warendorf	<b>092/2021/1</b> <b>15</b>
<b>7.</b>	Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Gründung einer Beschaffungsgemeinschaft und zur gemeinsamen Vergabe eines mobilen Datenerfassungssystems im Rettungsdienst	<b>084/2021</b> <b>17</b>
<b>8.</b>	Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Übertragung von Prüfungsaufgaben für die Jahresabschlüsse und Lageberichte 2020 und 2021 der Stadt Sassenberg	<b>101/2021</b> <b>18</b>
<b>9.</b>	Änderung der Satzung für das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien des Kreises Warendorf	<b>182/2020</b> <b>19</b>
<b>10.</b>	Antrag der AfD-Kreistagsgruppe - Umbesetzung von Ausschüssen	<b>112/2021</b> <b>20</b>

## **Anlagen**

Anlage 1 Präsentation „Corona-Pandemie“ (TOP 3)

Anlage 2 Verwaltungsvorschlag zum Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen (TOP 3)

**Anwesend:**

Vorsitz
Gericke, Olaf, Dr.
Mitglieder des Kreistages
Aydemir, Ergül
Bas, Ali
Berkhoff, Henrich
Blex, Christian, Dr.
Blömker, Franz-Ludwig
Budde, Heinrich
Buschkamp, Franz-Josef
Claßen, Anne
Diekhoff, Markus
Dinter, Dennis
Dufhues, Hannelore
Eickmeier, Elisabeth Irmgard
Fiedlers, Nils
Geiger, Andrea
Gerwing, Theresia
Grap, Valeska
Grobecker, Hubert
Gutsche, Guido
Hamann, Maria
Harenkamp, Marc
Heringloh-Poll, Norbert
Hollenhorst, Elisabeth K.
Hövelmann, Volker
Hugenroth, Bernhard
Kaup, Winfried
Kleene-Erke, Andrea
Kleibolde, Bernhard
Kocker, Dennis
Kühnel, Andreas
Lehnert, Susanne, Dr.

Lepper, Martin  
Luster-Haggeney, Rudolf  
Marx, Burkhard  
Maschelski-Werning, Sophia L.  
Mindermann, Ursula  
Möllmann, Rolf  
Niedostadek, Oliver, Dr.  
Nienkemper, Dorothea  
Ommen, Detlef  
Ostermann, Norbert  
Riveiro Vega, Sandra  
Rosenbaum, Ulf  
Schade, Janina  
Schindler, Ron  
Schmedding, Josef  
Schubert, David  
Schulte, Stephan  
Schulze Westhoff, Stephan  
Starke, Dennis  
Stelthove, Karl  
Strübbe, Robert  
Tarnier, Hedwig  
Tegelkämper, Paul  
Tentrup-Beckstedde, Christoph  
Termühlen, Hildegard  
Tomsa, Britta  
von Ketteler, Friedrich-Carl  
vor dem Gentschenfelde, Xenia  
Wagner, Natalie  
Wamba, Gilbert  
Westerwalbesloh, Florian  
Zimmermeyer-Schürmann, Heike

**von der Verwaltung**

Bleicher, Herbert, Dr.

Funke, Stefan, Dr.

Heuermann, Wiebke

Homann, Amelie

John, Kai

Klausmeier, Brigitte

Schreier, Petra

Senol-Kocaman, Diler

Westbomke, Alfons

**Es fehlten entschuldigt:****Mitglieder des Kreistages**

Koch, Karsten

Schlösser, Ulrich

Landrat Dr. Gericke eröffnet um 09.00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Kreistages, Frau Senal-Kocamann, die Vertreter der Presse sowie die Gäste.

Landrat Dr. Gericke stellt fest, dass der Kreistag mit Einladung vom 26.04.2021 form- und fristgerecht einberufen worden ist.

Anschließend weist Landrat Dr. Gericke darauf hin, dass folgender Antrag nachträglich per Mail versendet wurde:

- Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen zum Tagesordnungspunkt 3 der Kreistagssitzung am 07.05.2021 (per Mail versendet am 05.05.2021)

Auf die Frage nach Einwendungen gegen die Tagesordnung meldet sich kein Mitglied zu Wort.

<b>I. Öffentlicher Teil</b>
-----------------------------

<b>1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner</b>	
--	--

Auf Nachfrage meldet sich keine Einwohnerin / kein Einwohner zu Wort.

<b>2. Bericht der Verwaltung</b>
----------------------------------

Landrat Dr. Gericke berichtet, dass es einen separaten Tagesordnungspunkt für die Berichterstattung über die aktuelle Corona-Situation gibt.

**3. Aktuelle Corona-Lage / Modellregion****115/2021**

Landrat Dr. Gericke übergibt zunächst das Wort an Frau Klausmeier. Diese berichtet anhand einer Präsentation über die aktuelle Corona-Situation, die Coronafallzahlen und das Impfgeschehen. Die Präsentation liegt als Anlage bei. Sie berichtet unter anderem, dass ein Drittel der Bewohner des Kreises Warendorf inzwischen seine Erstimpfung erhalten hat. Zum jetzigen Zeitpunkt sei jedoch noch nicht sicher, wie viel Impfstoff der Kreis Warendorf im Juni erhalten werde.

Frau Schreier berichtet, dass 0,44 % der Schnelltests positiv seien. Von den positiven Schnelltests seien jedoch 18-20% falsch positiv. Alle Genesenen würden laut Frau Schreier zunächst postalisch eine Bescheinigung erhalten. Es sei angedacht, diese zukünftig auch digital zur Verfügung zu stellen.

Herr Dr. Bleicher fährt mit der Berichterstattung über das Modellprojekt #digitalvscorona fort. Er berichtet, dass das Land die Internetseite des Kreises Warendorf als sehr empfehlenswert empfunden und diese an alle anderen Projektteilnehmer weitergeleitet habe.

Herr Kocker (SPD) bittet um Erläuterung, warum verschiedene Kreise innerhalb der einzelnen Priorisierungsgruppen unterschiedlich vorgehen. Die Problematik sei seiner Meinung nach nicht, dass manche Gruppen warten müssten, sondern eher, dass die Kreise unterschiedliche Herangehensweisen hätten.

Herr Gutsche (CDU) führt aus, dass die unterschiedlichen Herangehensweisen zu Diskussionen und Unverständnis bei den Bürgern führen würde. Es sei wichtig, dass die Bürger aufgeklärt werden, warum der Kreis Warendorf z.B. anders agiert als der Kreis Gütersloh. Darüber hinaus sei es wichtig, dass der digitale Bereich vorangetrieben werden würde. Die CDU freue sich darüber, dass die Priorisierung für Astra-Zeneca aufgehoben wurde.

Herr Dr. Blex (AfD) stellt die Frage, ob die 83- / 84-jährigen Personen, die laut den Meldungen an Covid-19 verstorben bzw. erkrankt seien, geimpft gewesen wären. Frau Klausmeier erklärt, dass diesbezüglich keine Erkenntnisse vorlägen. Es sei lediglich bekannt, dass diese Personen nicht in einer Einrichtung lebten/leben.

Landrat Dr. Gericke berichtet, dass es auch Fälle gäbe, bei denen Personen, ohne Vorerkrankungen, mit ca. 50 Jahren an Covid-19 verstorben seien. Besorgniserregend seien insbesondere die belegten Kapazitäten in den Krankenhäusern. Denn diese werden auch für andere Erkrankungen oder Verkehrsunfälle benötigt.

Frau Eickmeier (FWG) bedankt sich für den Vortrag. Sie fragt nach, warum Personen mit einer besonders schwerwiegenden Erkrankung und Landwirte nicht zu den Gruppen der Priorität 3 gehören, die nun geimpft werden können, und ob die Unterteilung innerhalb der Priorität 3 so gerecht sei.

Frau Klausmeier erklärt, dass sie die Frage der Gerechtigkeit nicht beantworten und auch nicht beeinflussen könne. Es gäbe eine Impfverordnung des Landes NRW mit



drei Prioritätengruppen. Das MAGS lege fest, welche Gruppen der entsprechenden Priorität nun geimpft werden können. Darüber hinaus lege das MAGS fest, welche Gruppen im Impfzentrum bzw. beim Hausarzt geimpft werden können. Das MAGS sei der Ansicht, dass die chronisch erkrankten Personen der Priorität 3 bei den Hausärzten besser aufgehoben seien. Der Kreis Warendorf hoffe, dass die Öffnung von AstraZeneca zu einer noch höheren Impfung bei den Hausärzten führen werde.

Landrat Dr. Gericke erklärt, dass wir nun in eine Situation kämen, wo die Differenzierung der Kriterien immer schwieriger werden würde. Die Differenzierung würde immer kleinteiliger. Nicht überall gelinge der Übergang zwischen der Priorität 2 und 3 zeitgleich. Der Kreis würde an die Verantwortlichen appellieren, dass die Priorisierung so schnell wie möglich aufgehoben werde, um die nun kommenden Diskussionen zu vermeiden. Trotz der Öffnung der Priorität 3 wäre nicht mehr Impfstoff für Mai zur Verfügung gestellt worden. Er verdeutlicht, dass der Kreis Warendorf so nah wie möglich an der Impfverordnung bleiben werde, jedoch auch hoffe, dass durch die Hausärzte und die Reserveliste flexibel agiert werden könne.

Frau Grap (Grüne) bedankt sich für den Vortrag und sieht den Appell, die Priorisierung so schnell wie möglich aufzuheben, als richtig an. Sie befürwortet das Modellprojekt. Die Bürger benötigen eine Perspektive. Sie würde es bevorzugen, wenn der Kreis Warendorf auch beim Impfen eine Modellregion wäre, indem besonders viele Menschen geimpft werden würden.

Herr Diekhoff (FDP) erklärt, dass die Aufhebung der Priorisierung nicht automatisch das Impfen beschleunigen würde. Der Kreis hätte das Glück durch die Modellregion gute Möglichkeiten der Öffnungen zu haben, sobald die Inzidenzen sinken. Dies sei nicht selbstverständlich, sondern sei nur möglich, weil die Verwaltung so schnell und gut agiert hätte und dadurch als Modellregion ausgewählt wurde. Er richtet seinen Dank an die Verwaltung.

Laut Herrn Dr. Blex (AfD) wäre es die Verantwortung der Politiker über die tatsächlichen Fakten zu informieren. Es gäbe seiner Meinung nach keinen faktischen Anstieg bei den Intensivbelegungen und auch keine Grippetoten im vergangenen Jahr. Die Anzahl der Intensivkapazitäten wurden seiner Auffassung nach reduziert. Er berichtet, dass es auch junge Menschen gäbe, die an der Krankheit verstorben seien. Herr Dr. Blex spricht von einer künstlich geschaffenen Hysterie.

Landrat Dr. Gericke erklärt, dass die Anzahl der Intensivbetten nicht reichen würde, wenn die aktuellen Coronamaßnahmen nicht bestehen würden. Er sähe es in einer politischen Diskussion als große Gefahr an, wenn Corona geleugnet werden würde.

Frau Nienkemper (FWG) äußert den Wunsch, dass die Reserveliste des Impfzentrums durch chronisch erkrankte Personen ergänzt werde.

Sinngemäß berichtet Herr Dr. Blex (AfD), dass er Corona nicht geleugnet habe. Das Schadenspotenzial der aktuellen Coronamaßnahmen sei für die Kinder und Jugendlichen viel zu groß. In Schweden gäbe es, seines Kenntnisstandes nach, keine höhere Sterblichkeit als in Deutschland.

Herr Diekhoff (FDP) bittet darum, bei den Fakten zu bleiben. Es gäbe bezüglich der Kapazitäten und Intensivbetten im Krankenhaus einen neuen Bewertungsschlüssel. Die Anzahl der Intensivbetten wurde lediglich dem neuen Personalschlüssel angepasst. Viele wichtige OPs seien verschoben worden, um die Kapazitäten in den Krankenhäusern zu schonen. Nur aus diesem Grund seien die Intensivkapazitäten zur Zeit nicht überlastet.

Frau vor dem Gentschenfelde (FRAKTION) stimmt Herrn Diekhoff zu, dass die Anzahl der Intensivbetten nur insoweit angepasst wurde, dass für alle Betten ausreichend Personal zur Verfügung stände. Ihrer Auffassung nach könnte Deutschland nicht mit Schweden verglichen werden.

#### Antrag der Grünen:

Frau Grap (Grüne) erklärt die Intention des Antrags. 50 % der Intensivbetten seien von Personen mit Migrationshintergrund belegt. Das Problem zu verschweigen, sei ihrer Meinung nach viel problematischer als es anzusprechen. Auch im Kreis Warendorf hätten wir das Problem, dass in manchen Regionen die Inzidenz nicht sinken würde. Laut Frau Grap (Grüne) sollten die möglichen Angebote niederschwellig sein, damit sie auch jeder nutzen könne. Es ginge darum, für alle eine Verbesserung zu schaffen. Aus Sicht der Grünen gäbe es einen Zusammenhang zwischen den Infektionen und den Wohnverhältnissen. Sie bittet darum, dass Druck auf das Land NRW ausgeübt werde, damit auch die im Antrag benannten Personengruppen zügig gemeinsam mit den Personen der Priorität 3 geimpft werden könnten.

Frau Klausmeier informiert, dass noch nicht bekannt sei, ob der Kreis Warendorf von dem zusätzlichen Impfstoff für diese Gruppen profitieren werden und wenn ja, wann der Impfstoff geliefert werden würde. Die Stadt Darmstadt habe den Impfstoff mittels eines Impfbusses verimpft. Dies habe sich nachträglich als sehr aufwändig und umständlich erwiesen. Es werde überlegt, den Impfstoff an die Hausärzte zu verteilen, die z.B. selbst einen Migrationshintergrund haben und diese zu bitten, es in Sozialräumen zu verimpfen (siehe Beschlussvorschlag).

Frau Senol-Kocaman informiert über die Frage 3 und 4 des Antrags. Das Kommunale Integrationszentrum sei bereits seit dem vergangenen Jahr in den Krisenstab eingebunden. Je nach Infektionsgeschehen und Coronalage seien die Informationswege angepasst und auf den aktuellen Stand gebracht worden. So sei stets ein intensiver Austausch mit allen Beteiligten möglich gewesen. Die Informationen wurden in 32 Sprachen weitergegeben. Inzwischen hätte das Land NRW mehrsprachige Informationsblätter zur Verfügung gestellt. Die Informationskampagne werde fortlaufend angepasst, damit die Sprachbarrieren stetig abgebaut werden würden.

Landrat Dr. Gericke bedankt sich bei Frau Senol-Kocaman für den Bericht.

Herr Gutsche (CDU) bedankt sich, dass das Thema offen angesprochen würde. Sinngemäß argumentiert er, dass es wichtig sei, dass alle Bürger aufgeklärt würden. Es sei seiner Meinung nach nicht ausreichend, nur Impfstoff zur Verfügung zu stellen. Die Aufklärungskampagne sei von höchster Bedeutung. Die Gruppen dürften

nicht gegeneinander ausgespielt werden (Geimpfte und Ungeimpfte). Die CDU unterstützt den Verwaltungsvorschlag. Sie schlägt jedoch vor, diese Gruppe nicht zu priorisieren, sondern zeitgleich mit den anderen Bürgern zu impfen, die keiner Priorität angehören. Der Fokus sollte seiner Meinung nach noch mehr auf die Aufklärung gesetzt werden.

Landrat Dr. Gericke gibt zu bedenken, ob es wirklich klug sei, Sozialräume so öffentlich darzustellen.

Laut Herrn Kocker (SPD) verdeutliche der Verwaltungsvorschlag die Probleme einer deutschen Verwaltung. Er betont, dass dies kein Vorwurf gegen den Kreis Warendorf sei, sondern eine allgemeine Feststellung. Die Personen, die von dem Antrag der Grünen angesprochen werden würden, gingen in der Regel nicht zum Hausarzt. Die SPD regt an, die Art und Weise des Vorgehens ggf. noch einmal zu überdenken.

Landrat Dr. Gericke berichtet, dass es das Ziel sei, den Impfstoff an Ärzte zu geben, die auf Grund ihrer Herkunft und ihrer Sprachfähigkeit einfacher mit den Personen dieser Gruppe kommunizieren könnten. Die mobilen Impfteams waren mit einem sehr großen Aufwand verbunden. Es stelle sich die Frage, ob sich der Aufwand erneut lohnen würde.

Frau Klausmeier betonte, wie wichtig eine gute Aufklärung sei. Wir benötigen Menschen, die in die Regionen gehen, die Menschen aufklären und diese von der Impfung überzeugen würden. Doch zunächst müsste geklärt werden, wo die Impfung organisiert werden könnte.

Herr Bas (Grüne) spricht sich ebenfalls dafür aus, dass der Bereich der Aufklärung noch weiter ausgebaut werden müsste. Bezüglich des Impfens bei den Hausärzten bestände seiner Meinung nach die Möglichkeit zunächst abzuwarten, wie es angenommen werde und anschließend könne ggf. noch nachgesteuert werden. Er bittet darum, dass Punkt 3 des Antrags nach Punkt 2 des Verwaltungsvorschlags eingefügt wird.

Frau Nienkemper fragt nach, wie die Aufklärungsarbeit von den Bürgern angenommen werde. Sie habe die Wahrnehmung, dass viele Menschen aus anderen Kulturbereichen Corona leugnen würden. Eine Aufklärungskampagne wäre sicherlich ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, aber die Überzeugung der Menschen ein weiterer. Darüber hinaus regt sie an, dass die Aufklärungskampagne auch in leichter deutscher Sprache erfolgen sollte. Sie erachtet den Weg der Impfung bei den Hausärzten als gut. Dennoch gäbe es in anderen Kreisen auch andere Möglichkeiten.

Frau Senol-Kocaman erklärt, dass das Kommunale Integrationszentrum seine Aufgabe darin sehen würde, die Menschen zu sensibilisieren und als Ansprechpartner für die Bürger da zu sein. Natürlich könne nicht die persönliche Haltung zwangsweise verändert werden. Es könne lediglich immer wieder darauf aufmerksam gemacht werden, dass wir es nur gemeinsam schaffen können.

Laut Frau Grap (Grüne) sei es wichtig, den Menschen im Kreis zu signalisieren, dass sie die bestmögliche Aufklärung und den besten Zugang zum Impfen erhalten.

Landrat Dr. Gericke berichtet, dass die dezentralen Impfangebote nur bedingt angenommen wurden. Es müsse probiert werden, so viele Menschen wie möglich zu impfen. Anschließend müsste geprüft werden, wer nicht zur Impfung erschienen sei.

Es wird sich auf folgenden Beschlussvorschlag verständigt:

### **Beschlussvorschlag:**

1. Die Verwaltung bittet das Land, dem Kreis Warendorf ein zusätzliches Impfkontingent für Corona-Impfungen zur Verfügung zu stellen, um Personen in Sozialräumen der Städte und Gemeinden zu impfen, in denen aufgrund der Lebensumstände, insbesondere beengter Wohnverhältnisse, ein deutlich erhöhtes Risiko einer Infektion mit dem Coronavirus besteht.
2. Die Impfungen sollen mit Unterstützung der Kassenärztlichen Vereinigung und in Kooperation mit den in diesen Sozialräumen ansässigen niedergelassenen Ärzten erfolgen. Sofern das Angebot nicht in Anspruch genommen wird, soll es ggf. durch ein niederschwelliges Angebot ergänzt werden.
3. Für Menschen, die auf Grund von Sprachproblemen nicht von den bundesweiten Corona Informationsmaßnahmen profitieren, werden die gezielten mehrsprachigen Aufklärungskampagnen im Kreis intensiviert. Hier bietet sich auch der Einbezug örtlicher Multiplikatoren wie z.B. Initiativen, mehrsprachige Personen (Ärztinnen, Apothekerinnen, Pflegepersonal usw.) und Vereine, sowie die verschiedenen Glaubensgemeinschaften an, um einen niederschweligen Zugang zu den Informationen zu ermöglichen. Dazu soll der Kreis seine Gespräche weiter fortsetzen.
4. Die Verwaltung berichtet in der Sitzung über die bereits laufenden umfangreichen Aktivitäten. Der Kreistag nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich angenommen  
Ja 60 Nein 2 Enthaltung 1

<b>4.</b>	<b>Dringlichkeitsentscheidung gem. § 50 Abs. 3 S. 2 Kreisordnung NRW (KrO NRW)</b>	<b>116/2021</b>
-----------	--	-----------------

Herr Gutsche (CDU) berichtet, dass die CDU den Antrag unterstützen werde.

Herr Kocker (SPD) regt an, eventuell über einen Erlass in Bezug auf die Beiträge der Musikschule nachzudenken. Frau Klausmeier erklärt, dass es bezüglich der Schulregelungen erst ab dem nächsten Jahr eine Anpassung der Regelungen gäbe. Es würden keine Beiträge erhoben werden, wenn an drei Tagen kein Unterricht stattfinden würde.

Laut Herrn Dr. Blex (AfD) sei es unredlich, die vollen Beiträge zu erheben, sofern eine Kita geschlossen sei.

Herr Kocker (SPD) berichtet, dass lediglich gesagt wurde, dass am Ende geprüft werden solle, ob und in welcher Höhe der Beitrag erstattet werden müsste.

Herr Diekhoff (FDP) berichtet sinngemäß, dass das Land Verantwortung zeigen würde und bisher die Beiträge erstattet wurden, wenn diese unberechtigt waren. Die Eltern würden nicht mit nicht erbrachten Leistungen belastet werden.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag genehmigt gem. § 50 Abs. 3 S. 5 Kreisordnung NRW (KrO NRW) die am 25.03.2021 getroffene Dringlichkeitsentscheidung.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen  
Ja 61 Enthaltung 2

**5. Verzicht auf die Erstellung des Gesamtabchlusses 2020****083/2021****Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag des Kreises Warendorf beschließt auf die Erstellung des Gesamtabchlusses 2020 zu verzichten.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

**6. Wasserstoffbusse für den Kreis Warendorf****092/2021/1**

Herr Dr. Bleicher informiert über die Vorlage und Ergänzungsvorlage.

Herr Dr. Blex (AfD) berichtet, dass die Kosten im Fachausschuss sehr deutlich wurden. Das Projekt sei seiner Meinung nach fern jeglicher technischer Realität.

Laut Frau Nienkemper (FWG) sei der Kreis Warendorf mit diesem Beschlussvorschlag auf einem guten Weg, der regenerativen Energie einen Schritt näher zu kommen. Sie hoffe, dass der Kreis Warendorf auch weiterhin auf dem Weg weiterer Innovationen dabei sein werde.

Herr Gutsche (CDU) stimmt Frau Nienkemper zu. Wir seien gemeinsam auf einem guten Weg. Es sei ein Einstieg in eine komplett neue Technologie. Auch sei wichtig, dass sich der Kreis von Beginn an mit diesem Thema befasse. Die CDU unterstütze diesen Bereich.

Herr Kocker (SPD) bittet die Verwaltung, im Bereich der Elektroauto-Ladesäulen vor der Kreisverwaltung noch etwas nachzubessern. Herr Dr. Funke erklärt, dass es sich bei den Ladesäulen noch um Modelle handelt, bei denen es keine direkte Abrechnungsmöglichkeit gibt. Aus diesem Grund sei die Abrechnung nur über die Infozentrale des Kreishauses möglich.

Laut Herrn Diekhoff (FDP) begrüße die FDP den Bereich des Wasserstoffs. Eine entsprechende Tankstelle kostet zunächst Geld, sei aber zukunftsweisend und könnte sich irgendwann rentieren.

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Kreis Warendorf beauftragt die RVM, zwei Wasserstoffbusse zu beschaffen. Diese sollen auf der Linie R62/63 von Beckum über Ennigerloh und Freckenhorst nach Warendorf zum Einsatz kommen und zwei konventionelle Dieselsebusse ersetzen.
2. Der Kreis Warendorf trägt die jährlichen Mehrkosten in Höhe von insgesamt ca. 151.000 bis 201.000 Euro über die Kreisergebnisrechnung der RVM.
3. Die RVM prüft und beantragt in Abstimmung mit der Verwaltung die Möglichkeiten des Einsatzes von Fördermitteln für die Anschaffung und den Betrieb von Wasserstoffbussen.

**Ergänzung zur Vorlage 092/2021**

4. Der Kreis Warendorf wird parallel auf die Errichtung einer Wasserstofftankstelle mit Wasserstoff aus erneuerbaren Energien hinwirken, um allgemein den Einsatz von Wasserstofffahrzeugen zu fördern und den Betrieb der Wasserstoffbusse wirtschaftlicher und effizienter zu gestalten.

Der Kreis Warendorf wird sich hierbei um Fördermittel bemühen. Sollten diese Fördermittel nicht ausreichen, soll in den nächsten Haushaltsplanberatungen darüber diskutiert werden.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich angenommen  
Ja 61 Nein 2



7.	<b>Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Gründung einer Beschaffungsgemeinschaft und zur gemeinsamen Vergabe eines mobilen Datenerfassungssystems im Rettungsdienst</b>	<b>084/2021</b>
----	--	-----------------

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des beigefügten Entwurfs eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit den Städten Ahlen, Beckum, Oelde und Warendorf zur Gründung einer Beschaffungsgemeinschaft und zur gemeinsamen Vergabe eines Systems zur mobilen Datenerfassung im Rettungsdienst abzuschließen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

8.	<b>Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Übertragung von Prüfungsaufgaben für die Jahresabschlüsse und Lageberichte 2020 und 2021 der Stadt Sassenberg</b>	<b>101/2021</b>
----	--	-----------------

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis des als Anlage beigefügten Entwurfes eine öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Sassenberg zur Prüfung der Jahresabschlüsse und Lageberichte 2020 und 2021 abzuschließen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

<b>9.</b>	<b>Änderung der Satzung für das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien des Kreises Warendorf</b>	<b>182/2020</b>
-----------	--	-----------------

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt die Satzung für das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien des Kreises Warendorf.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

10.	<b>Antrag der AfD-Kreistagsgruppe - Umbesetzung von Ausschüssen</b>	<b>112/2021</b>
-----	---	-----------------

Herr Westerwalbesloh (SPD) erklärt, dass es regulär ein guter Brauch sei, dass die Fraktionen untereinander den Umsetzungswünschen einer Fraktion zustimmen. Bezüglich der Umsetzung von Frau Rust hätte die SPD jedoch Bedenken, da sie nach Kenntnisstand der SPD vorbestraft sei. Aus diesem Grund sähe es die SPD als fraglich an, ob sie tatsächlich geeignet sei.

Frau Grap (Grüne) berichtet, dass sich ihrer Fraktion ebenfalls Fragen aufdrängen würden. Sie beantragt eine Vertagung des TOPs, falls eine juristische Klärung der Sachlage nicht direkt möglich sei.

Herr Dr. Blex (AfD) stimmt einer Vertagung des TOPs zu. Er betont jedoch, dass die Ausschüsse besetzt werden müssten und Frau Rust nicht vorbestraft sei.

**Abstimmungsergebnis:** vertagt

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Landrat Dr. Gericke um 11.13 Uhr die Sitzung.

Dr. Olaf Gericke  
Landrat

Dr. Stefan Funke  
Schriftführer